

# Merkburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merkersburg

**Bezugspreis:** mit den Beilagen: „Wälder der Woche“, Landmanns Sonntagsblatt, etc. durch die Post Nr. 240 ohne Beleggeld, durch Boten Nr. 2, frei Haus monat. Ergeben wertmäßig nachmittags. Einzelnumm. 10 Pf. Sonnabends 20 Pf. Geschäftsstelle: Hälterstr. 4 (Saupfille) und Gotthardstr. 38. — Im Falle geheimer Gewalt (Streik usw.) behält kein Anspruch auf Fortsetzung der Abrechnung.



**Anzeigenpreis:** für den 8 gespaltene Millimeterraum 10 Pf. in Restamer Zeitungen 40 Pf. für Gänge und Anzeigen 30 Pf. Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merkersburg. Anzeigenchluss 10 Uhr mittags. — Für unerbetene Zusendungen keine Vergütung. — Wochenspende 16.654. Fernsprecher 100/107

Nr. 216

Dienstag, den 15. September 1925

165. Jahrgang.

## Die Einladung zur Paktkonferenz überreicht.

Berlin, 15. September. Die Einladung der Alliierten zu einer Paktkonferenz ist heute um 12 Uhr mittags durch den französischen Botschafter de Margerie überreicht worden.

Wie von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, soll der Wortlaut der Einladung Donnerstag früh veröffentlicht werden.

Wie es an zukünftiger Stelle heißt, handelt es sich bei der heute mittag überreichten Einladung zur Paktkonferenz weder um eine Note noch um einen persönlichen Brief des französischen Außenministers, vielmehr ist die Einladung in der Form eines Memorandums gefaßt worden, das, wie üblich, keine Unterschrift trägt. Das Memorandum ist nur sehr kurz. Es wird darin lediglich festgestellt, daß es nach der Auffassung der alliierten Regierungen entsprechend ihrer früheren Anregung nimmereinhelligensweise eine Paktkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort wird nicht genannt. Zunächst des Zeitpunktes erklären die alliierten Regierungen Ende September oder Anfang Oktober für geeignet. Sie erwarten die Antwort der deutschen Regierung. — An zukünftiger Stelle wird erklärt, daß eine Antwort natürlich erst erfolgen könne, nachdem der Außenminister, der bekanntlich am den 21. September angereist ist, sich mit der sachlichen Frage beschäftigt haben wird. In politischer Hinsicht wird die Forderung bemerkt, daß die Einladung allgemein von einer Ministerkonferenz her, so daß also nur eine Beiratskonferenz der Konferenz auf die Außenminister vorgezogen ist.

Nach Londoner Meldungen enthält die von Briand unterzeichnete Note nur die kurze Mitteilung, daß die alliierten Minister auf Grund der Londoner Juristenverhandlungen zu der Ansicht gekommen sind, daß nun eine mündliche Ausprache der politischen Meinungen folgen sollte. Deutschland wird eingeladen, an einer solchen baldigen Ministerkonferenz teilzunehmen. Der Text der Note sagt nichts über Ort und Zeit der Besprechung, doch wird der französische Botschafter mündlich B r a u n e n und das Monatsende vorberichten mit dem Bemerkten, daß Ort und Zeit dem Wunsch der deutschen Regierung angepaßt oder mündlich vereinbart werden sollte.

Nach dem Inhalt des französischen Botschafters ist auch der englische Geschäftsträger Addison vom Reichsaßenminister empfangen worden.

Zaatssekretär von Schubert und Ministerialdirektor Gauß sind wieder in Berlin eingetroffen.

### Unmöglichkeit Konferenzpläne Frankreichs.

Paris, 15. September. Von den Morgenblättern hebt „Le Matin“ ausdrücklich hervor, daß einiglich beschloßen worden sei, gleichzeitig zwei Konferenzen einzuberufen, die sich mit der Ausarbeitung des Rheinlandpakt und mit der Wählung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Polen und der Festlegung der Schiedsgerichtsverträge Deutschlands mit Frankreich sollen. Von Fall zu Fall ist die Entscheidung über den Rheinpakt zugelassen werden. Das sei um so verständlicher, als die französische Regierung darauf bestohe, daß der Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge gleichzeitig unterzeichnet würden. Man erwarte, daß während der ganzen Woche Verhandlungen zwischen Berlin und Paris geführt werden. Die französische Regierung daran liege, gegen unangenehmen Nebenbedingungen aus dem Wege zu gehen und die Konferenz mit möglichst großer Aussicht auf Erfolg zu eröffnen.

Gegenstand der deutsch-französischen Verhandlungen werde in der Hauptsache die Zustimmung Deutschlands zu der Teilnahme Polens und der Tischschloßnote an einer allgemeinen Konferenz bilden. Es sei anzunehmen, daß die Reichsregierung keine Bedenken dagegen vorbringen werde, zumal Chamberlain in vollem Einvernehmen mit Briand u. Strachinsky von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Ausprache überzeugt sei.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ sagt, daß ein als ausschlaggebend geltendes Umstände der Sicherheitsabhandlungen dar. Er sagt, daß die deutsche Regierung durch den Außenminister Dr. Stresemann, Dr. Richter und gegebenenfalls einen deutschen nationalen Mitarbeiter begrüßt werden könne. Ihre Anwesenheit würde die Entscheidungen der Konferenz in deutschen Augen repräsentativer und autoritativer machen. Die Entscheidung der Konferenz könnten dann, wie nicht von Höchstanz in Frage gestellt werden. Was die Einstellung der Materie anlangt, so würde es sich zunächst um den Abbruch der Verhandlungen und seine Anhänger, nämlich einen franco-deutschen und einen belgisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag handeln. Nach Erledigung des Rheinlandpaktes würde es möglich sein, das Schiedsgerichtsverträge der deutsch-polnischen und der deutsch-französischen Verträge zu behandeln. Chamberlain sagt, der diplomatische Mitarbeiter, hat sich ebenfalls zu der Ansicht bekannt, daß eine absolute Trennung von Rheinpakt und Schiedsgerichtsvertrag nicht brauchbar sei, sondern nur eine überzeitliche Lösung darstelle. Die östlichen Schiedsverträge würden besondere Bedeutung besitzen, denn sie brächten für Deutschland wie für Polen und die Tischschloßnote förmliche Verpflichtungen, die zumeist die älteren Verpflichtungen des Versailleser Vertrages wieder einfließen ließen, gleichzeitig aber deren Inhalt wenn auch nicht materiell, so doch im Geiste und in der Auslegung verändern müßten. In dieser Hinsicht würde eine Unterschrift durch das Deutsche Reich, die rechtlich unter dem neuen Vertrag gestellt würde, von unschätzbarem Werte sein. Damit würde die

gegennärtige deutsche Behauptung, daß die Unterzeichnung unter den gegennärtigen, Versailleser Vertrag erzwungen worden wäre, erledigt werden.

### Doch würde die Ausarbeitung der neuen Verträge schwierig und langwierig sein.

Eine französische Garantie der Ertverträge, die einen Schutz deutschen Gebietes durch französische Truppen bedeuten, hält der diplomatische Mitarbeiter für ausgeschlossen. „Daily Telegraph“ berichtet zu dem gleichen Thema aus Paris, daß nicht mit einer, sondern mit zwei oder drei Paktkonferenzen rechnen müsse, die wahrscheinlich Ende dieses Monats beginnen würden.

### Briands Adresse nach Genf.

Baldwin verlängert seinen Paris-Besuch.

Paris, 15. September. Von zukünftiger Stelle wird mitgeteilt, daß Briand schon am Dienstagmittag nach Genf zurückkehrt. Baldwin wird seinen Aufenthalt in Paris voraussichtlich bis Mittwoch ausdehnen.

Der überraschende Entschluß Baldwins, noch einige Tage in Paris zu verbringen und erst am Donnerstag nach London zurückzufahren, gibt der englischen Presse eine erwünschte Gelegenheit, zu erneuten Angriffen gegen den britischen Premier zu greifen. Über den Inhalt der Pariser Besprechungen, die wie in London mitgeteilt wird, durchaus offiziell sein, verläutet nichts wesentliches. Pariser Meldungen zufolge wird angenommen, daß es sich dabei in der Hauptsache um die Besprechung der interalliierten Schuldenfrage handelt. Jedoch ist auch das nur eine Vermutung. Der politische Korrespondent des „Star“ erinnert Baldwin daran, daß in der Heimat erhebliche politische Unruhen herrschen. Erstens wegen der Mufffrage, zweitens wegen der Kohlenindustrieunterstützung, drittens wegen des Briefes von Sir George Sunders über die ruhmreiche Politik der Regierung, viertens wegen der Aufnahme der Arbeitlosigkeit fünfzehn Prozent der Schulden der europäischen Alliierten, fünftens wegen der Frage der kommunikativen Propaganda. Alles das sollte, so meint der „Star“, ausreichen, um eine baldige und lebhaftige Kabinettsberatung möglich zu machen. Indessen werden vielleicht interne Besprechungen zwischen Lord Bicester, Churchill, Chamberlain und Baldwin stattfinden, die in Wirklichkeit die Leitung der Geschäfte in der Hand haben. Die Regierung ist sich jetzt klar darüber, daß die Japantypik Opposition in den eigenen Reihen erregt hat. Man nimmt an, daß Sir Robert Borne einen Protest der Kontraktanten gegen die Fortsetzung des mesopotamischen Mandats erheben werde.

### Schnitz für den Dawesplan.

Deutschland zur Erfüllung imstande.

London, 14. September. Der Chefredakteur der Financial Times, Barrett, gibt in seinem Artikel über die Frage, ob Deutschland Reparationen zahlen kann, eine Unterredung wieder, die er mit dem Reichsamtpräsidenten Dr. Schacht hatte.

Danach erklärte Dr. Schacht u. a., es sei eine Streitfrage in Deutschland, ob Deutschland imstande sein werde, von 1928 an jährlich 2½ Milliarden Mark zu zahlen, wie dies im Dawesplan vorgesehen sei. Nach seiner Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse sei er überzeugt, daß Deutschland hierzu imstande sein werde, wenn die notwendigen Vorbedingungen gewahrt würden. Hierunter verhebe er die im Dawesplan selbst angegebenen Voraussetzungen, wozu besonders das Herbeiführen politischer Störungen gehöre. Zugleich aber seien die Alliierten häufig nahe daran gewesen, ihren eigenen Plan zu sabotieren. Die Verlagerung der Schuldfrage und die Nichträumung der schiner Zone an dem im Versailleser Vertrag bezeichneten Datum seien zwei Fälle, wo die Politik

### in das deutsche Wirtschaftsleben eingegriffen

habe. Die Befragung durch fremde Truppen habe, wenn sie auch noch so korrekt durchgeführt werde, in psychologischer Hinsicht tödenden Einfluß auf die Bevölkerung. Niemand im besetzten Gebiet fühle sich in seinem Hause sicher. Es sei bezeichnend, daß im besetzten Gebiet, besonders in der Pfalz, der Prozentsatz der Arbeitslosen der größte in ganz Deutschland sei. Die Voraussetzung für die Sicherheit der Zahlung von 2½ Milliarden sei die Befreiung deutschen Gebietes und das Ausföhren politischer Einmischung.

Was der Reichsamtpräsident über die Wirkung politischer Eingriffe sagt, geht nicht weit genug. Die ungeheuren Einquartierungslagen, die Notensicherheits, überhaupt das ganze System der französischen Fremdberrichtung beeinträchtigen natürlich auch in höherem Maße den Ausbruch der Wirtschaft. Sehr bezeichnend aber ist es, daß ein Mann von der Autorität des deutschen Reichsamtpräsidenten entgegen dem einmütigen Urteil fast sämtlicher in- und ausländischer Finanzfachverständlicher die ungeheuerlichen Leistungen des Dawes-

### Das Genfer Nachspiel.

Die Glanztage der diesjährigen Völkerversammlung sind vorüber. Die großen Führer sind abgereist, noch pflegen sie einige Verhandlungen in Paris, bald werden sie vor ihren Regierungen und Parlamenten Rechenschaft abzulegen haben über das, was sie in Paris erreicht. Viel ist es nicht, was man auf dieser positiven Seite anführen könnte. Die Völkerverkontrolle in Österreich ist verlagert, die Mufffrage nicht gelöst, vieles andere an Ausschüsse überwiesen und vor allem der Sicherheitspakt ist noch nicht einen Schritt weiter gekommen.

Ohne Zweifel stand und steht der Paktgedanke doch im Mittelpunkt der gesamten Genfer Tagung. Das Genfer Protokoll hat sich trotz der größten Anstrengungen eben nicht in die Wirklichkeit umsetzen lassen, und so ist der Paktgedanke an seiner Stelle die Bestimmung der alliierten Großmächte geworden. Etwas klarer sieht man nun ja schon die kommenden Paktverhandlungen. Die in der üblichen Weise mit lauter Tam-Tam vorbereitete Einladung zur Paktkonferenz wurde heute der Regierung überreicht. Zahllich aber sind die auf der Konferenz zu behandelnden Dinge noch genau so unklar, wie sie es vor acht Tagen waren. Es ist eben auf den überraschenden Jubel der demokratischen und sozialdemokratischen deutschen Presse über die bald kommende Einigung die Enttäuschung gefolgt.

Ja, man kann feststellen, daß unsere Lage sich in den letzten Tagen der Völkerverversammlung nur noch mehr verschlechtert hat. Der politische Außenminister Strachinsky erklärte am vierundzwanzigsten, daß es ihm gelungen sei, Herrn Chamberlain vor der Notwendigkeit der Verbindung der östlichen und westlichen Garantien zu überzeugen. Nach der Charakteranlage des Herrn Chamberlain gehen wir keinen Zweifel an der Richtigkeit dieser Darstellung. Schließlich ist Chamberlain doch nach Woodrow Wilson seligen Angedenkens der am leichtesten zu überredende Staatsmann der Welt.

Und in der Rede Apponyis, des ungarischen Vertreters, haben wir wieder einmal einen Beweis für die Wahrheit unserer schlimmen Befürchtungen bekommen. Es wird uns vorgehalten, daß Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerverbund die Möglichkeit zur sachlichen Mitarbeit habe. Ungarn soll das Musterbeispiel sein. Nun hat Graf Apponyi in diesem Jahre eine Rede gehalten, bei der er sehr viel vorföhriger zu Werke ging, als im vorigen Jahre. Und doch begegnete er dem eifrigen Schwärmer der Verarmung, als er die nur zu gut begründeten Klagen der westlichen Minderheiten in zurückhaltender Form vorbrachte. Rein! dies Beispiel kann uns nicht locken.

Der Völkerverbund hatte Gelegenheit, uns von seinem ehrlichen Willen zu überzeugen, denn die Antisemitengruppe der zahlreichen deutschen Lehrer in Bosen ist ohne Recht und Gesetz, ohne Begründung und im trostigen Widerspruch zu den von Völkerverbund erlassenen Minderheiten-Schutzbestimmungen erfolgt. Trotz dieser glatten Verhöhnung aller Genfer Grundzüge kann Herr Strachinsky doch befreit auf die Genfer Tagung zurückblicken, während Graf Apponyi nichts erreicht hat.

Die diesjährige Völkerverversammlung, deren Hauptamt nun vorüber ist, scheint uns noch ergebnisloser verlaufen zu sein als ihre Vorgängerinnen und wir verheben nur zu gut, daß man erhebliche Anstrengungen macht, das gesunkene Ansehen des Bundes zu heben.

planes vorweg als ausführbar bezeichnet. Er wird sich gefallen lassen müssen, daß man dieses vorläufige Urteil um so stärker kritisiert, als es geeignet ist, die ernsthaften Bedenken nicht nur der Reichsregierung, sondern vor allem auch einseitiger ausländischer Kreise auf die durchzuführen. Es ist immer wieder unklar möglich, daß die demokratisch-politische Anschauung, man brauche nur dem Gegner „einen guten Willen“ zu beweisen, um ihn nachzugeben zu stimmen, am verbreitetsten Ende durchdringt. Vielleicht spricht der Reichsfinanzminister einmal ein Wort über diesen Fall.

### Ein Winterfeldzug in Marokko.

Paris, 14. September. Die Schlacht an der Marokkanfront ist gestern zum Stillstand gekommen, da die französischen Truppen alle strategischen Ziele erreicht haben. Einzelne Wertsche werden nur noch im Tarnatatschgebiet geführt, wo die Dissidenten im Widerstand beharren. Die große Offensive, an der die französischen und spanische Heere gleichzeitig teilnahmen, steht nach einem halbsiegreichem Ende bevor. Das alliierte Oberkommando bestatigt, bis ins Innere des Landes vorzudringen. Jedoch werden bereits Maßnahmen zur Verhinderung des Winterquartiers für die Truppen getroffen.

Der amtliche spanische Bericht stellt fest, daß Tetuan völlig vom Feinde entsetzt wurde und daß die spanischen Truppen ihren Vormarsch weiter fortsetzen. Im Abstand von Algeciras hat der Feind durch die Landung überreicht worden. Somit ist die Lage unbedeutend.

### Der Amerika-Kredit der Rentenbank.

Berlin, 14. September. Die deutsche Rentenbankkreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) teilt mit: Die Verhandlungen mit der National City Company in New-York wegen einer amerikanischen Anleihe für landwirtschaftliche Realcredite in Deutschland, sind am Sonnabend den 12. September ebenfalls zum Abschluß gekommen. Danach übernimmt die National-City-Company von der deutschen Rentenbankkreditanstalt Schuldverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Dollar, rückzahlbar zu pari, zu einem Jahreszinsfuß von 7 Prozent auf 25 Jahre, bei einer Tilgung von etwa 1 1/2 Prozent jährlich, zuzüglich erparter Zinsen. Zinsen und Amortisation werden am 15. März und 15. September jeden Jahres fällig, erstmalig am 15. März 1926. Der Deutschen Rentenbankkreditanstalt steht das Recht zu, die Anleihe auch zu früherer Abschluß im ganzen oder in Teilbeträgen, jedenfalls zu pari, erstmalig zum 15. September 1935, jedoch zu einem späteren Zinsstermin zu kündigen. Die Anleihe soll in diesen Tagen zum Kurse von 93 Prozent in den beteiligten Staaten aufgelegt und ihrer Zulassung an der New-York Stock Exchange beantragt werden. Die Auszahlung des Gegenwertes der Schuldverschreibungen zu 88 Prozent soll gegen Ende dieses Monats erfolgen.

### Die Finanzlage Preußens.

Der Staatsauschuss des preussischen Landtages nahm in seiner Montagmorgensitzung zum Schluß des Finanzmittels eine Reihe von Anträgen an. Darunter die desnationalen Anträge auf Einrichtung einer staatlichen Zulagenentasse für die Arbeiter aller Staatsverwaltungen und Betriebe. Darauf begann der Ausschuss die Vorbereitung des Staatsauschusses der allgemeinen Finanzverwaltung. In Verbindung damit wurde die dritte preussische Steuernotverordnung besprochen. Als Dr. Wiermer (DVP) kam zu dem Ergebnis, daß das tatsächliche Einkommen für die laufenden Monate im Etatsjahr viel weniger als geteilt habe, als der Vorschlag angenommen habe. Der in der Presse zum Ausdruck gebrachten Auffassung, daß Preußens Finanzen trotzdem seien, müsse entgegen getreten werden. Die preussischen Finanzen seien auf feste in Grund und Boden aufgebaut und gäben zu Besorgnissen keinen Anlaß.

### Aus dem Finanzschuß des Landtages.

Der am Montagmorgensitzung zusammengetragene Ausschuss über die Unterbringung der deutschen Flüchtlinge, über die Unterbringung der Flüchtlinge, über die Unterbringung der Flüchtlinge in Oberösterreich und in der Grenzmark, über die Unterbringung oberösterreichischer Flüchtlinge und über die Arbeitslosigkeit in Oberösterreich. Er trat dann in eine allgemeine Besprechung der Flüchtlingsfrage ein.

### Polens Verdrängungskampf gegen die deutschen Schulen.

Danzig, 14. September. Das polnische Kuratorium in Posen hat dem Direktor des deutschen Erziehungsinstituts und 5 Lehrkräften, von denen 3 evangelische Geistliche sind, die Unterweisung in Posen entzogen. Dagegen ist im Danziger Ausschuss dem Direktor und vier Lehrkräften die Befugnis zum Unterrichten genommen worden. Der deutsche Schulinspektor, Domherr Klinker, erhob im Namen der Eltern Einspruch, der erfolglos blieb. Das Kuratorium weigert sich sogar, die Gründe für seine Maßnahmen anzugeben. Da noch einigen anderen Lehrkräften die Unterrichtsarbeiten nicht erteilt wurde, müssen solche Unfälle einfließen. Der Elternschutz hat sich große Aufregung bemächtigt. Von anderen Anstalten der Provinz werden ähnliche Maßnahmen beobachtet. So sind hunderte deutscher Schulkinder zur Zeit ohne Unterricht.

Die Garantie des Völkerbundes für das deutsche Privatschulwesen in Polen bildet einen der Hauptpunkte des Minderheitenvertrages. Was wird der Völkerbund tun, um derartige Verdrängungen, die dem Geist und Wohlstand des Minderheitenrechtes widersprechen, abzuwehren? Glaubte Polen nicht, daß es als verhandlungsfähig bei den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen angesehen werden kann, solange es allen internationalen Verträgen pottet?

### Deutsche Richter tagung in Augsburg.

Augsburg, 14. September. Die sechste Tagung des deutschen Richterbundes wurde heute Vormittag im Rathaus der Stadt Augsburg unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Weigert, eröffnet. An der Tagung sind die Justizräte aus allen Teilen des Reiches zusammengetreten. Nach allgemeinen Begrüßungsansprachen ließ der Reichsgerichtsrat von Augsburg die Festlegung der Tagung in Augsburg herzlich willkommen. Anschließend hielt Vizepräsident Dr. Wunderrich aus Leipzig ein Referat über die Stellung des deutschen Richters.

Nach ihm sprach Dr. Müller-Meinigen in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede über die Unabhängigkeit des Richters in Deutschland, die zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung führte:

Die am letzten Deutschen Richter tagung verammelten Richter und Staatsanwälte fordern, daß Recht und Gerechtigkeit bei allen Staatsmaßnahmen allein die Richtschnur zu bilden habe. Das Richteramt ist der Träger des Rechtsgebührens und den Weisungen der Verfassung und der Gesetzgebung gleich geordnet. Der deutsche Richter verlangt, daß die verfassungsmäßig genehmigte Unabhängigkeit des deutschen Richters die Grundlage des ganzen Rechts- und Staatslebens bleibt. Dazu gehört auch eine hohe soziale und wirtschaftliche ausreichende Stellung des Richters. Gegen die in den letzten Jahren wiederholte Verdrängung von Richtern und Staatsanwälten durch die Richter wird energig Widerspruch. Sachliche Kritik nehmen die Richter gern hin. Verlagerung und parteipolitische Ausnutzung einzelner Richter durch die Staatsautorität. Die Richter tagung erwartet dabei die Unterstützung der Regierung bei Abwehr und Aufklärung. Von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer reinen Richterpflicht durch den Richter werden die Richter tagung durchdrungen. Der deutsche Richter verlangt, daß die Tätigkeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse neben den ordentlichen Strafverfahren. Die Ausdehnung dieser parlamentarischen Ausschüsse dient nicht der objektiven Wahrheitsfindung. Es bedeutet die parteipolitische Durchsetzung der Wahrheitsermittlung durch die parteipolitischen Organe der Rechtspflege.

### Preisverhinderung der französischen Regierung.

Am Montag nachmittag fand eine Ministerberatung statt, die sich mit Maßnahmen beschäftigte, die unter Beihilfe der landwirtschaftlichen und gewerblichen Organisationen die außerordentliche Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt beseitigen sollen.

## Graf Apponyi als Vertreter der Besiegten.

Genf, 14. September. Das Ereignis des Montagvormittags war die Rede des großen ungarischen Abgeordneten Graf Apponyi, der in vorläufiger Form die Behandlung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund gefordert. Einleitend ging er auf den finanziellen Überbauungsplan ein, den die Minderheitenfrage hätte der Völkerbund bisher wenig gelöst. Er erklärte, daß er nicht als Vertreter der Minderheiten, sondern der Minderheiten selbst durch den sogenannten Dreierausschuß behandle.

Die Minderheiten müßten direkt vor ein Forum kommen. Zweitens müßten die Vertreter der Minderheiten das Recht haben, ihre Klagen persönlich vor den Rat zu bringen. Drittens müßte, falls einige Parteien es verlangten, jede Minderheitenfrage dem internationalen Gerichtshof in Haag zur Entscheidung vorgelegt werden. Zum Genfer Protokoll übergehend erklärte Graf Apponyi, er gehe mit Bewußtsein ein, daß der Weg der Sonderverträge, die anstelle des Genfer Protokolls gefordert werden sollen, sehr langwierig sei.

### Die Frage der Abrüstung würde in eine immer ungewissere Zukunft hinausgeschoben.

Zwischen dem Völkerbund und dem Protokoll bestünde ein grundsätzlicher Unterschied. Der Völkerbund bringe nur einen Aufschub des Krieges, das Protokoll wolle die Abschaffung des Krieges. Die Abrüstung müsse allgemeiner Natur sein und nicht einseitig, wie gegenwärtig. Zu der Resolution des Spankers Antonios de Leon brachte Graf Apponyi einen Antrag ein, demzufolge der Völkerbund für die Abrüstungsfragen, von dem Völkerbund und seinen zuständigen Organen unverzüglich in Angriff genommen werden sollen.

Es wäre nicht zweierlei Recht geben. Duldsamkeit wäre keine Gerechtigkeit. „Ich habe freiwillig gesprochen“ schloß Graf Apponyi; „beim wir sind hier nicht, um uns gegenseitig Komplimente zu machen, sondern die Verhältnisse aufzuklären.“

Länger hat man den Grafen Apponyi, den gefährdeten Anführer gegen den Völkerbund wegen der Bergewalt-

gung der Minderheiten nicht am Reden verhinbern können. Es war schon für uns Deutsche lehrreich, was in diesem Hause durch Schiebungen auf der Rednerliste gegen Redner, deren Wahrheiten man nicht anhören will, erreicht werden kann. Apponyi ist ein internationaler Überwinder der Dummheit von selbstverständlicher Bedeutung, eine überaus große Persönlichkeit, die alle Seiten des Anführers, der Beziehungen von Staatsmann zu Staatsmann meistert, und doch hat er heute noch einmal alle Energie einbringen müssen, um seine durch die Freibeuter der Kleinen Entente seit drei Tagen verdrängte Rede an anderer Stelle hinter dem Vertreter von Uruguay anbringen zu können. Die Ausführungen wurden von der Verammlung mit referiertem Beifall aufgenommen. Auf den türkischen und polnischen Bänken blieb der Beifall aus.

Nach dem Grafen Apponyi nahm der Vertreter Uruguays, Puerto, das Wort. Er erklärte, das obligatorische Schiedsgericht ohne Vorbehalt sei die Grundlagende der Völkerbund. Das lateinische Amerika habe bereits den eigentlichen Kern des Genfer Protokolls durch den Abschluß obligatorischer Schiedsgerichtsverträge verwirklicht. Er beantragte daher, der Rat solle die Statuten des internationalen Gerichtshofes einer eingehenden Prüfung unterziehen, unter Berücksichtigung der Wünsche der Parlamente und der juristischen Wissenschaft.

Gabonanos aus Spanien verlangte die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten für alle Mitglieder des Völkerbundes. In der Behandlung der Minderheitenfrage. Er beantragte einen Sonderausschuß für die Vorbereitung einer Konvention aller Mitglieder des Völkerbundes, zur Feststellung der Rechte und Pflichten der Minderheiten, zu ernennen.

Kalkoff Bulgarien unterstützte die Ausführungen des Grafen Apponyi und verlangte eine allgemeine Abrüstung. Die Bestimmungen über die Minderheiten seien hinsichtlich der Bulgaren nicht mehr beachtet worden. Er befragte sich nach dem Fortschritt der Verhandlungen des Minderheitenvertrages in Griechenland.

## Reichstagsabgeordneter Dr. Dryander über die politische Lage.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte gestern Abend zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Der große Saal des „Kaisers“ war lediglich gefüllt. Stadtrat Eichardt begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe die Erscheinenden und ließ besonders den Redner des Abends, Herrn Reichstagsabgeordneten Oberregierungsrat von Dryander, der schon früher hier in Merseburg als Vortragender aufgetreten ist, willkommen.

Herr von Dryander ergriff dann das Wort und legte in klarer, umfassender Rede folgende dar:

Man rühmt den Wiener Frieden nach, daß er für ein halbes Jahrhundert den Frieden Europas hergestellt habe. Schon heute darf man sagen, daß der Vertrag von Versailles eine Schandtat der Weltgeschichte und der Menschheitsgeschichte ist. Das niemals war soviel Schandtat in der Welt, wie heute. Nach niemals ist der Schrei unterdrückter Nationen so durch die Welt gegangen wie heute unter dem Zeichen des sogenannten Selbstbestimmungsrechts der Völker. Noch niemals hat eine so ungeheure Mißwirtschaft die Weltproduktion zu zerstört. Und das alles liegt liegen dem einzig und allein am Vertrag von Versailles und den anderen Verträgen, die ihn begleiten haben.

### Die Revision des Vertrags von Versailles ist die Hauptaufgabe aller Politik

Dies liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse der Welt. Die Grundfrage dieses Vertrages ist die Schuldfrage. Der „gehäßliche Verbrecher Deutschland“ wird bestraft. Das ist der Sinn der Versailles Bestimmungen. Die Bestrafung dieser Schuldfrage ist in erster Linie wichtig. Alles andere geht nicht. Die wirtschaftlichen Grundlagen ist ja die Schuldfrage längst geklärt. Es kommt darauf an, daß Deutschland in antiker Form die Grundlage des Versailles Diktats widerrief. Demnach, vor Abschluß des Dawesplans, haben wir das verlangt. Es ist nicht gelungen. Deshalb verlangen wir, daß bei nächster passender Gelegenheit endlich der amtliche Vertrag zwischen dem Reich und dem Völkerbund in den Völkerbund samt natürlich nicht die Rede sein, so lange nicht die Schuldfrage erneut aufgearbeitet ist.

Der Vertrag von Versailles verfolgt als Hauptzweck die Vernichtung Deutschlands und des Deutschstums. 35 Millionen Deutsche wohnen außerhalb der Grenzen des Reiches, die meisten in den westlichen Staaten. Sieben Millionen wohnen davon allein in Österreich.

### Der Anschlag Österreichs kommt.

Die übrigen Staaten sind solche, in denen die Deutschen in der Minderheit sind. Alle diese Länder erbliden in der Vernichtung des Deutschstums ihre politische Hauptaufgabe. Die Erhaltung des Deutschstums ist aber eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Wir müssen unser Volk mit seinen ganz unmöglichen Grenzen belehren, sich dieser Hauptaufgabe der Erhaltung des Deutschstums wieder zu erinnern.

Die französische Politik ist im ersten Schritt nach Abschluß des Versailles Vertrags auf das Ziel ausgegangen, die Wucherleistung dieses Vertrags zu stabilisieren und Deutschland unter allen Umständen in Knechtschaft zu halten. Eine solche Politik kann Frankreich aber nicht gegen Amerika und England führen. Lloyd George ist vom englischen Standpunkt viel zu weit gegangen, als er der Entlohnung Deutschlands in derartigen Umfang zustimmte. Heute ist England dadurch sehr gebunden. Aber es kommt der Tag, wo sich der Konflikt der beiden Bestmächte abspielt. Dann nicht auch der große Tag für Deutschland. Eine wichtige Aufgabe ist es, unser Volk zu rufen auf den Tag, wo die außenpolitische Konstellation es dem deutschen Volk gefahrten, wenn sich selbst wieder tragbare Lebensbedingungen zu schaffen. Das ist auch die wichtigste Aufgabe, die die Deutschenationalen zu lösen haben.

Nun zu den aktuellen Fragen auf dem Gebiete der äußeren Politik! Am 29. August vorigen Jahres wurde mit Hilfe eines Teils der deutschnationalen Reichstagsfraktion das Eisenbahngesetz und damit der Dawesplan angenommen. Dieses Eisenbahngesetz hat unseren Vaterland zweifellos eine nutzbringende Wempanne geschaffen — aber nicht mehr. Einmal kommt der Tag, wo die

### Unerschütterlichkeit des Zwangsnotstands

Ich hat herbeisollend wird. Ausländische Kreise sehen das heute schon als einen großen Erfolg an, wenn sie sich für den können die gewaltigen Massen der Dawesgesetze begahnt werden. Die Deutschenationalen haben damals lediglich deshalb zugestimmt, weil sie diese Gesetze doch nicht hindern konnten und weil den Reichskreisen dadurch der Weg in die Regierung geöffnet wurde. Steuerreform, Sozialreform und Währungsreform sind die drei wichtigsten Aufgaben, die von den deutschnationalen Regierung am ehesten befriedigend gelöst werden.

### Macdonald hatte dem Reichsminister Marr in London gesagt, daß England die Ruhrbesetzung niemals als rechtmäßig anerkannt hätte und daß es von der Forderung der Räumung am 16. August nicht zurückgeblieben wäre.

Macdonald hatte dem Reichsminister Marr in London gesagt, daß England die Ruhrbesetzung niemals als rechtmäßig anerkannt hätte und daß es von der Forderung der Räumung am 16. August nicht zurückgeblieben wäre. Er hätte sich nicht für die Räumung der Ruhr bereit erklärt, wenn die Räumung ohne vorherige Verhandlungen erfolgt wäre. Er hätte sich nicht für die Räumung der Ruhr bereit erklärt, wenn die Räumung ohne vorherige Verhandlungen erfolgt wäre.

Mit der Frage der Entlohnung steht es genau so. Deutschlands Entlohnung sollte ursprünglich nur eine Auslegung sein für die allgemeine Wirtschaft. Jetzt ist Deutschland nicht mehr ein Land, das sich als ein Land betrachtet. Es ist ein Land, das sich als ein Land betrachtet. Es ist ein Land, das sich als ein Land betrachtet.

Auch bei der Räumung der ersten Zone war die feierliche Forderung gegeben, daß sie am 16. Januar 1923 frei sein sollte. Sie wurde nicht geräumt. Nach fünf Monaten erst erfolgte die Begründung dieser Maßnahme in Form der Entlohnungsnotnote, die neue Bestimmungen von uns fordert. Eine Verantwortung der Note durch Deutschland ist nicht mehr erfolgt. Das wird nicht mehr der Welt zu zeigen, daß man nur die absolut rechtlich begründeten Forderungen berücksichtigt.

Zur Frage der Sicherung ist schon jetzt zu betonen, daß es hier Grenzen für die Wirtwirthung der Deutschenationalen gibt.

Wenn man auf die Tätigkeiten des nunmehr acht Monate bestehenden Kabinetts zurückblickt, so kann man es als ein Kabinett bezeichnen, das als ein Kabinett bezeichnen. Es ist ein Kabinett, das als ein Kabinett bezeichnen. Es ist ein Kabinett, das als ein Kabinett bezeichnen.

Die Zollfrage ist in neue Bahnen gelenkt worden. Bekanntlich ist heute die Zollfrage ein wichtiger Punkt der Verhandlungen. Hier gibt es mit aller Kraft den Zwischenfall entgegenzutreten. Der Zolltarif braucht nicht unbedingt, um der Regierung für die neuen Handelsverträge eine Waffe zum Schutz unserer Wirtschaft zu sichern.

Stärkung der deutschen Produktion und des Exports auf dem Gebiete von Landwirtschaft und Industrie ist hier das wichtigste. Eine engere Schicksalsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen wir um das Ziel zu erreichen. Gegen die Wirtschaftskrisen, die durch die Weltwirtschaftskrisen entstehen, müssen wir uns wehren. Die Erhaltung unserer Währungs ist unbedingt nötig. Höchste Arbeitsleistung, deutsche Sparfamkeit und vorzügliche Kapitalnutzung — diese Dinge können nur durch eine bürgerliche Regierung zur Rettung unserer Wirtschaftspolitik gemacht werden. Die Politik Deutschlands kann vorläufig nur in Form einer Realisationsregierung gemacht werden. Aber der Zug nach rechts muß vorbereitend werden.

### Die kommenden Wahlen

werden dafür zu sorgen haben, daß auch in der Provinz nach dieser Zug nach rechts zur Geltung kommt. Dies ist nicht nur beim Provinzialparlament, sondern noch mehr bei den Kreisparlamenten. Es gilt, die in Preußen vorbereitenden Wahlen zu befechtigen. In der Provinz sind die Wahlen nicht nur ein Augenblick am meisten um die Frage, wie man am besten das Reichsbanner zum Träger öffentlicher Aufgaben machen kann.

Wir Deutschenationalen gehen aus der Reichsregierung nicht heraus, es sei denn, daß ganz wichtige nationale Frage uns zwingen, wieder in die Opposition zu treten. Der Feindbund hat bereits seit dem an der politischen Eintheilung Deutschlands gegenüber angenommen. Der Ton der letzten Note beweist uns das von neuem.

In erster Linie verlangt die deutsche Regierung augenblicklich die Räumung der ersten Zone — die Franzosen andererseits den bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund. Wir verlangen eine sofortige Räumung der ersten Zone, die Räumung der ersten Zone umgangen werden darf. Ein Völkerbund, in den aber auch Deutschland, Deutschland und Amerika nicht einbezogen ist, wird niemals große Einwirkung auf die Dinge in Europa haben können.

Die Deutschenationalen Volkspartei, die 6 Millionen Wähler hat, ist die einzige Partei, die sich nicht nur in Zukunft einbringen gegen den Klassenkampf und für die nationale Sache. Mit gutem Mut sehen wir der Zukunft entgegen.







# Zur Erinnerung an Okkupation und Aufreinhaltung!

## Eine Blütenlese französischer Säkularisten.

Die „Nhein. Volkst. Zeitung“ veröffentlicht aus der nun gütlich beendeten Okkupationszeit der Stadt Düsseldorf eine Anzahl von Dokumenten aus dieser Zeit, Schreiben, die dem Magistrat von der Besatzungsbehörde überreicht worden sind. Die Dokumente rühren nicht an die großen eskalierenden Ereignisse während der Okkupation, sondern während der Zeit des passiven Widerstandes. Sie geben nur einen Luerzinsicht durch den Alltag mit den kleinen Säkularisten, mit allen den Schwereiten, die umso fernereinander waren als sie unter Besatzung, sinnlos und unvernünftig durch gegläubte Franzosen verurteilt waren. Einen Teil der Dokumente, die in ihrer Art auch Denkmäler einer schlimmen Zeit sind, lassen wir hier folgen:

### Mal eben eine neue Karte.

Rheinarmee 38. U. D. Büro für Zivilangelegenheiten Nr. 329/1. Düsseldorf, 2. Mai 1924.  
General Desobres, Kommandeur der 38. U. D.  
an den Oberbürgermeister von Düsseldorf.

Ich gebe Ihnen bekannt, daß der kommandierende General der Armee Sie ersucht, sofort Ihnen befohlenen Bau der Karte des 39. Artillerie-Regiments und die Herstellung des Geländes des R. J. B. in Angriff zu nehmen. Sind die Arbeiten innerhalb einer Frist von 8 Tagen nicht begonnen worden, so sind Sie des Vergehens gegen § 1 des Gesetzes Nr. 16 schuldig und werden vor das Kriegsgericht gestellt, weil Sie den Befehlen der französischen Militärbehörde den Gehorsam verweigert haben.

ges.: Unterschrift.

### Die verletzten Grubvorschriften.

Rheinarmee 38. U. D. Büro für Zivilangelegenheiten Nr. 343/72 Düsseldorf, 6. Mai 1924.  
General Desobres an den Oberbürgermeister.

Auf Ihr Schreiben Nr. 540/24 vom 28. April teile ich Ihnen mit, daß ich Ihr Gesuch nicht billigen kann. Es ist gerade in der letzten Zeit öfters vorgekommen, daß die Grubvorschriften nicht beachtet worden sind, wenn Generale in Kraftwagen vorbeifahren. Sie müssen den Ihren Befehl eingehenden Polizeibeamten in Erinnerung bringen, daß eine auf der linken Seite des Fahrganges befindliche Person, die die Anwesenheit eines Generals in dem Kraftwagen kennzeichnet. Die roten Fahnen der M. J. C. U. M. sind mit den Standarten der Generale nicht zu verwechseln. Es wäre gut, wenn Sie Ihre Beamten über diese meine Mitteilung aufklären.

ges.: Unterschrift.

### Der übliche Ausgang der Untersuchung.

Rheinarmee 38. U. D. Nr. Jnc.-D. Straßfaden 3. M.

Durch sein Schreiben Nr. III C. 426/23 vom 7. März 1924 hat der Oberbürgermeister mir eine Anfrage des Herrn Hofmann gegen anbehaltenen Soldaten zugewandt, die ihn angeblich durch Schläger mißhandelt haben. Die Unaufrichtigkeit der Angaben des Herrn Hofmann hat es unserer Untersuchung nicht ermöglicht, die Beflagten zu entdecken. Wenn auch der Tatbestand genau angegeben wäre, so hat sich der Vorfall außerhalb des Dienstes zu einer Zeit und an einem Ort ereignet, wo die Militärbehörde seine besondere Überwachung ausüben hat, wobei die Rheinarmee noch der französische Staat wäre also für den Vorfall haftbar zu machen.

ges.: Unterschrift.

### Der gewissenhafte Vornam.

38. U. D. Kontrolle der deutschen Verwaltung Nr. 375 V. Düsseldorf, 24. Januar 1924.  
Das Büro der Zivilangelegenheiten an den Oberbürgermeister.

Ich teile Ihnen ergebnis mit, daß ich die Ernennung des früheren Beamten der Schulpolizei von Hßen zum Polizeikommissar in Düsseldorf nicht zulassen kann.

ges.: Unterschrift.

Rheinarmee Etab, Rechts- und Gerichtsbüro Nr. 1064 I/33. S. D. d. M., 21. Januar 1924.

Auf Grund eines Gesetzes Nr. 6 wird der kommandierende General der Armee sich der Auftragssetzung der Reichsverordnung vom 27. Oktober 1923 über den Beamten- und Angestelltenabbau unter den folgenden Bedingungen nicht widersetzen:

Die für die deutschen Verwaltungsbezirke in ihrem Bezirk zuständigen Divisionskommandanten und der Verwaltungsdienst des kommandierenden Generals der Armee für Verwaltungsbezirke, die außerhalb der Divisionsbezirke liegen, üben die Aufsicht über alle Entlassungen aus, die auf Grund der Reichsverordnung erfolgen. Es müssen deshalb alle erforderlichen Angaben über Beamte und Angestellte, die entlassen werden, sowie auch der gesamte Abbauplan der einzelnen deutschen Bezirke den französischen Militärbehörden unterbreitet werden.

ges.: Unterschrift.

### Die geschäftigen Hebelhüter.

Rechts- und Gerichtsbüro Nr. 16 U/33. S. D., 9. Februar 1924.

Zur Wahrung der öffentlichen Ordnung besteht der kommandierende General der Armee: Es darf kein Verfahren eingeleitet oder fortgesetzt und keine Strafe verhängt werden gegen Personen, die beschuldigt werden, nach dem 11. Januar 1923 Uebertretungen politischer Natur begangen zu haben, sofern nicht vorher der zuständige Divisionsgeneral seine Genehmigung dazu erteilt hat. Derselben Genehmigung bedürfen alle Vorbringungsbehalte, auch wenn diese Erteile von einer Justiz- oder Polizeibehörde des unbesetzten Gebiets herrühren.

ges.: Unterschrift.

(Der 11. Januar ist bekanntlich der Tag des Aufreinhaltens. D. Red.)  
Kontrolle der deutschen Verwaltung Nr. 6192. Düsseldorf, 21. November 1923.  
Der Ortsbelegierte an den Oberbürgermeister.

Ich habe zahlreiche Beschwerden von Arbeitelosen darüber erhalten, daß ihnen keine Unterstützung mehr ausbezahlt wird wegen ihrer politischen Überzeugung (Weinistand bei Sonnerbündler). Ich ersuche Sie, diesem Zustand jeder Arbeitslose die Unterstützung zu versagen, die ihm zufließt. Jede begründete Beschwerde wird von uns zum Aufschwer Bestrafung genommen werden.

ges.: Unterschrift.

Kontrolle der deutschen Verwaltung Nr. 5739. Düsseldorf, 16. Oktober 1923.  
Der Ortsbelegierte an den Oberbürgermeister.

Durch mein Schreiben vom 13. Oktober habe ich Ihnen bereits mitgeteilt, daß Sie dem Verlangen der Rheinarmee (Zentralkommando) nach Verlegung der künftigen Säkularisten nachkommen haben, da jedem politische Meinungsfreiheit zusteht. Durch Schreiben Nr. 983 vom 16. Oktober teilt mir die Zentralverwaltung mit, daß Sie sich wieder weigern, den Befehlen des Generals nachzukommen. Ich teile Ihnen ergebnis mit, daß ich den Herrn Desobres persönlich verantwortlich mache, wenn sich neue Zusammenhänge gegen die Befehle des Generals ergeben.

ges.: Unterschrift.

Rheinarmee 32 U. R. 38 U. D. Düsseldorf, 28. März 1924.  
General Desobres an den Oberbürgermeister.

Hier erlaube ich Sie zur Weitergabe an die deutsche Presse eine Antwort an die deutsche Presse. Gegenstand des Artikels sind die Bergwerke an der Ruhr. Sollten die Zeitungen den Artikel nicht aufnehmen, so werden sie verboten werden.

ges.: Unterschrift.

Rheinarmee Etab Nr. 3121 U. R. Inf. S. D., Januar 1924.

Auf Ihren Brief Nr. 114/2 vom 23. Januar teile ich Ihnen ergebnis mit, daß es nicht möglich ist, dem Düsseldorf „Tagblatt“ seine Geschäftsräume wiederzugeben. Die Zeitung hat sich bereits dreimal wegen dieser Angelegenheit an die französischen Behörden gewandt, so durch Vermittlung Sr. Eminenz, des Kardinals Schönerbecker und vor kurzem noch durch Herrn v. Bockisch. Die Angelegenheit wird abgelaufen sein, einmal mit Rücksicht auf unsere Bedürfnisse, dann aber auch im Hinblick auf die Haltung der katholischen Presse und besonders auch des Düsseldorf „Tagblatts“, durch die unsere Abkehrung vollaus gerechtfertigt ist.

ges.: Unterschrift.

Rheinarmee Etab Nr. 6544/2. Düsseldorf, 5. Oktober 1923.

General Simon, Kommandant des Brückenkopfes Düsseldorf, verleiht ergebnis den Film „Wilhelm in Telt“. Die Vorführung dieses Filmes läßt namentlich in der augenblicklichen Zeit nationalpolitische Kundgebungen befürworten.

ges.: Unterschrift.

### Was der Separatismus einbringt.

Rheinarmee Etab Rechts- und Gerichtsbüro Nr. 8966/33. S. D., 16. Mai 1924.  
Der kommandierende General der Rheinarmee verfügt auf den Entschädigungsantrag der Witwe Johann Becker, Münster Straße 27, Düsseldorf, hin folgendes: Es ist ein Verstoß, die in der Urkunde angeführten Zusammenhänge, der in Düsseldorf, 30. September 1923, stattgefunden hat, der dem Mann der Witwe in Wunden erlitten hat, denen er am gleichen Tag erlegen ist und daß der 10jähr. Sohn an rechten Arm verletzt worden ist. Die Vorgänge stehen in Verbindung mit dem inneren Anstrich, die im Urteil XI vorgeführt sind. Deshalb wird der Witwe Johann Becker eine Entschädigung von 8130 Goldmark ausgeprochen zu Lasten der Stadt Düsseldorf und des Reiches, die beide dafür haften. Das Vermögen der beiden Gemeinschaften wird beschlagnahmt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes 64, wenn nicht binnen einer Frist von 15 Tagen Zahlung geleistet wird. (Es folgen nähere Mitteilungen über die Zahlungen.)

ges.: Unterschrift.

(Am 30. September 1923, dem heutigen Düsseldorf Sonntag, wurden bekanntlich die in Düsseldorf zusammengezogenen separatistischen Norden von der Zehn aus auseinandergerissen. Degoutte erließ danach eine Verordnung, nach der jeder Separatist, der dabei zu Schaden kam, von den deutschen Behörden zu entschädigen sei. Auf Grund dieser Verordnung mußten dann die Separatisten bei den Franzosen ihre Forderungen abgeben, die ihnen aus der Abkehrung der Verordnungen zugestimmt wurden. In 33 Fällen mußten an das separatistische Gebilde 44.328 Goldmark gezahlt werden. Jeder dieser edlen „Abkehrer“, der irgendwo einen Puff abgetrieben hatte, ergriß freudig die Gelegenheit, sich diesen Puff zu besetzen zu lassen.)

### Eine Liebe ist der anderen wert.

Präsidenten Düsseldorf, Etab Rechts- u. Gerichtsbüro Nr. 8216 I/33.

Am 10. Oktober 1923 ist dem kommandierenden General ein Gesuch, das sich auf Art. IV des Gesetzes Nr. 7 bezieht, von Herrn August Ziffen in seinem eigenen, wie im Namen der Herren Langbecker, Schröder, Glasmöcker, Strauß und Berke, namentlich in hochbereiter Weise, darin wird angeführt, daß die Benannten von der vierten Kammer des Landgerichts Düsseldorf gerichtlich verfolgt werden, weil sie Diebstähle in den besetzten Gebieten und namentlich in Düsseldorf verübt haben sollen. Ziffen und Genossen beaupten, keine Eingabe der Zaten begangen zu haben, sie ihnen zur Last gelegt werden zu erklären, sie könnten dies auch beweisen. Sie würden zur Verfolgung, weil sie in guten Beziehungen zu den Besatzungsbehörden stehen. Infolgedessen verfügt der General gemäß Artikel IV des Gesetzes Nr. 7, daß das Verfahren gegen Ziffen und Genossen sofort eingestellt wird. Die Befreiung eines etwa künftigen erlangenen Urteils wird aufgehoben. Die Akten werden zwecks Prüfung innerhalb einer Frist von 8 Tagen dem Rechts- und Gerichtsbüro unterbreitet.

ges.: Unterschrift.

Rheinarmee. Generalstab der Wirtschaft- und Verwaltungsangelegenheiten der Ruhr. Nr. 162 B. U. C./M.

Der kommandierende General der Armee ersucht den Düsseldorf Kommandierenden General, die Düsseldorf Stadterwaltung aufzufordern, den W. Bönnen, Rollenweghändler, nicht aus der von ihm bewohnten Wohnung in der Reichsstraße 28 auszuweisen. Bönnen hat augenblicklich unter dem Schutz der Besatzungsstruppe n, weil er geschäftliche Beziehungen zur M. J. C. U. M. unterhält.

ges.: Unterschrift.

### Der aufstehende Fußball.

Flugkommando, Generalstab. Düsseldorf, 23. Januar 1924.  
1. Bureau Nr. 87/1.  
Der Oberbürgermeister wird ersucht, umgehend Anordnungen zu treffen, damit den Fußballvereinen die Benutzung des Geländes im Kaiser-Wilhelm-Park, das für französische Fußballvereine reserviert ist, verboten wird. Der Platz ist ausschließlich für Polo reserviert und muß unverzüglich inhaft gesetzt werden. Wenn die Fußballspieler den Platz weiter benutzen, werden sie gerichtlich verfolgt werden. Der Oberbürgermeister wird gebeten, der französischen Polizei den Auftrag zu geben, den Platz unter Aufsicht zu halten. Der Kommandant der Gendarmerie wird an Sonn- und Feiertagen den Platz durch seine Gendarmen beaufsichtigen lassen.

Die nationalpolitischen Stunden. Nr. 2564/1. Düsseldorf, 9. April 1924.

Dem Herrn General und Kommandanten von Düsseldorf sind zahlreiche Beschwerden zugegangen über Sünde, die nicht an der Veine gehalten wurden und die Mitglieder der Besatzungsgruppen angegriffen haben. Daher wird der Oberbürgermeister von Düsseldorf politische Maßnahmen ergreifen, damit in Zukunft kein Sünde mehr im Stadtbereich Düsseldorf herumtreiben kann, ohne an der Veine gefaßt zu werden.

### Das Mädchen für alles.

Bezir der Gendarmerie der Rheinarmee 32 U. R. Feldpolizei der 38. U. D.

Ich bitte den Oberbürgermeister, Nachforschungen anzustellen, um eine Handtafche aus gelbem Leder wiederzufinden, die Herr Mariel von der Hohen Generaldirektion Kommission an S. D. M. zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags auf der Straße von Graf Adolphplatz bis Pladen verloren hat. Diese Handtafche ist vom Trittbret des Autos gefallen. Sie enthält Portefeuille-Gegenstände, ein Öpernglas deutscher Marke, einen elektrischen Brotträger und verschiedene andere Gegenstände. Ich bitte, das Ergebnis der Nachforschungen dem Militärbüro der Hohen Kommission zu Mollat mitzuteilen.

Düsseldorf, den 10. April 1924.

Rheinarmee 38. U. D. Bureau für Zivilangelegenheiten Nr. 3169 - 2. Düsseldorf, 19. Mai 1924.  
General Desobres an den Oberbürgermeister.

Infolge der Klagen eines hohen Beamten der Regie, wohnhaft Boringergasse 140, bitte ich Sie, diese Wohnung überwachen zu lassen, damit die Klingeleute die Gasleitungen, die zu jeder Tages- und Nachtzeit durch ihren Unflug treiben, aufhören.

ges.: Unterschrift.

### Pazifisten untereinander.

Wie kein lieblich Pazifisten untereinander tagen, schildert das stark Intersrepublikanisch eingestrichelte „Tagebuch“ des Herrn Stefan Großmann in Heft 36 vom 5. September. Wir lesen zu unserer Erbauung:

„Nebenmal, wenn im Herbst die Blätter fallen, dann fallen auch die Pazifisten übereinander. Dieses jährliche Schlachtfeld ist der Pazifistenkonferenz. Diesmal wurde es in Darmstadt begangen. Die Pazifisten kämpft man darum, was Pazifismus ist. Und das Friedensfreunde keine schlüssige Antwort finden, wie dürfen sie im Namen des Pazifismus agieren? Die deutschen Pazifisten legen unglücklichweise mehr Wert auf das was sie Prinzipienreue nennen, als auf Wirkung und auf Nutzen. So kommt es, daß keine neuen Aufgaben der Grundbegriffe des Pazifismus gefaßt werden müssen und da die Friedensvereine Sammelplätze sind für verbohre, weltfremde, gehässige Dogmatiker, mehr die Bewegung bei einer solchen Auseinandersetzung regelmäßig vor der ernüchternden Auseinandersetzung. So geht es seit Elnis Zeiten. Man fragt sich ergebnis: Hat die deutsche Pazifismus eigentlich andere Aufgaben als Nüchternheits- und Eifertheitspaß und Verbrennung gerade in diesem Augenblick wichtiger als Verlegung der reinen Lehre in einer langatmigen Resolution, deren Wortlaut selbst die befreundete Presse laubend ablehnt. — Geien wir ehrlich: diese Jahreskonferenz kompromittieren die Menschen, die Zuge und die Fährten. Denn es nicht einmal gelang, über die Elemente politischen Denkens einzupapen. Der Pazifismus gilt außerhalb der deutschen Grenzen als ein Weltproblem. Bei uns wird er durch ein ideologisch mirrörches und rechtshaberisches Seltenerium zu einer Stubiummer-Angelegenheit. Er ergibt sich die erste Frage: wann wird endlich aufhören, die Pazifisten zu beschreiben, als Sektierer einer großen, heiligen Idee aufzutreten, die für sie ein „nimmungs-freund“ über den Kopf schlägt?“

Man sieht, die pazifistischen Begeisterer unterscheiden sich nicht von den sonstigen. Sie geben einen Weg an, überlassen aber die Befolgung ihrer Rathschläge lediglich den anderen, die an sie glauben.

### Die Vorgänge hinter den Kulissen.

Die „Rürcher Post“ nimmt in einem Artikel, betitelt „Vor Entschuldigungen“, Stellung zur internationalen Konferenz, die jetzt in Genf vorgeführt wird. Weniger wichtig sei die Durchführung durch das was auf der Bühne geschieht, und auch hier ist festzustellen, so schreibt das Rürcher Blatt, daß die wichtigsten Dinge in Genf nur vorbereitet werden. Von Genf gehe der Blick nach Lausanne, wo in den nächsten Wochen die Konferenz beginnen und selbige halt werden soll, ob wirklich eine Grundlage für die Sicherung des Friedens am Rhein und im Osten geschaffen werden kann. Das Blatt verweist auf die leidenschaftlichen Klänge aus Warschau und Prag und sagt: „Wacht sich Frankreich dabei zum vorbestalteten Sekundanten der vorkünftigen Fortsetzung, so ist eine Verhandlung nicht möglich und es würde sich einmal mehr herausstellen, daß politische Verhandlungen mit der Vorbereitung des europäischen Friedens unvereinbar ist. Das Blatt glaubt, Frankreich werde sich überlegen, wieviel die Ergebnisse Bolens und wieviel die Verhandlung mit Deutschland wert ist. Die Lausanne Konferenz könne somit zu einer der wichtigsten Konferenzen nach Versailles werden, aber eben so möglich, daß sie auf dem Friede nicht beruhen kann. Man würde wünschen, daß diese klare Erkenntnis der vorhandenen Tatsachen auch in Lausanne noch nicht unangenehme Dinge ger übersehen werden, die kommenden Verhandlungen bestimmen.“

# Mus Stadt und Umgebung

## Was liebt unsere Jugend?

Eine von der Deutschen Zentralstelle zur Förderung der Volk- und Jugendliteratur veranlaßte Umfrage in Schulklassen, welche Bücher die Schüler am liebsten lesen, hat zu recht beachtlichen Ergebnissen geführt.

Die 13- und 14-jährigen Schüler einer höheren Lehranstalt lasen am liebsten fast durchwegs als für Mädchen und Jungen gleichermaßen geeignet, auch für Walter Scott. Nichts wollten sie von Ernst Zahn; es hieß: „Mog gut sein, aber langweilig“. Dagegen interessieren sie sich für Bücher über Technik und Radio, Meise- und Tierbeschreibungen sind immer noch beliebt. Kellermanns „Tunnel“ ist ein „überdiesiges schönes Buch“. Dumas, Holo, Mark Twain werden viel gelesen. Gesehen sind die Meinungen über Karl May, besonders bemerkt wird, daß sämtliche Lesungsromane, die erreichbar sind, von der Jugend verschlungen werden, darunter auch solche, die durchaus nicht für die Jugend bestimmt sind.

Der Erzieher wird sich diese Ergebnisse mit besonderer Aufmerksamkeit zu Herzen nehmen müssen, wenn er die Selbstmadrückung einerseits erkennen und andererseits sie einwirken will. Es besteht die Pflicht, auf in welcher Provinz durch gelegentliche Rundfragen festzustellen, welche Bücher bei unserer Jugend beliebt sind.

### Eine erste Warnung.

Im Augenblick macht die Auswanderungsfrage weniger von sich reden. Wir sind mit anderen Dingen zu beschäftigt, aber selbstverständlich gibt es immer noch Auswanderungslustige genug, die sich trotz aller Warnungen in den Zeitungen nicht davon abbringen lassen, ihre Auswanderung vorzubereiten.

Man sie das nur wirklich läßt! Wenn sie nur vorher, bei den richtigen Stellen Erklärungen einbringen! Aber es tut es nicht und vertrauen sich leichtfertig Menschen an, von denen sie keine Gewähr haben, daß sie nicht im Dienste ausbeutungstüchtiger Ausländer stehen. Wir erhielten kürzlich einen Brief, in dem von einem im Ausland wohnenden Deutschen darauf hingewiesen wird, wie traurig die Lage der deutschen Arbeiter hier ist. Untere Landeskartei nun gern, was sie können, erleben aber dabei die größten Enttäuschungen. Das Ansehen, das sie sich langsam drüben erworben haben, wird gefährdet durch das Benehmen der neuen Anwerbungsämter.

Für auswandern will, hat die Pflicht, daran zu denken, daß er ein Deutscher ist, und daß der deutsche Name mit ihm geht. Er hole sich vorher genaue Auskunft, die gewissenlos erteilt wird in der Auswanderungsberatungstelle, Magdeburg, Landwehrstraße 8.

### Die Pflichten der Wohnungsämter.

Die Landtagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat folgenden Antrag im Landtage eingebracht: „Durchweg ist der Nachweis erbracht worden, daß die von den Wohnungsämtern geführten Listen unrichtig sind und ein völlig unzutreffendes Bild von der Zahl der tatsächlichen Wohnungseigentümer geben und daher zu fehlerhaften Maßnahmen der Behörden geführt haben, wodurch der wirtschaftliche Wohnungseigentümer seit Jahren immer benachteiligt worden ist. Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, dahin zu wirken, daß alle preussischen Gemeinden verpflichtet werden: 1. zum 1. Januar 1926 die bisherigen Eintragungen in den Wohnungslisten zu überprüfen und, wenn es sich um unrichtige Angaben handelt, diese zu berichtigen und die neuen Wohnungseigentümer nach dem in den Listen und zwar mit dem alten Namen vorzunehmen, wenn die Antragsteller nachweislich eigene Wohnung sind, 3. Anträge auf Tauschwohnungen usw. in diesen Listen nicht zu notieren und 4. die neuangeführten Listen zur öffentlichen Einsicht auszuliegen.“

Regimentstag der Kaiser Alexander-Garderegimenter. Der diesjährige Alexanderfest findet am 3. und 4. Oktober statt. Nähere Auskunft über die Veranstaltung und die Unterarten der auswärtsigen Gäste erteilt Kam. Wenzel, Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 52.

**Gedächtnisreden.** Es wird darüber gefordert, daß von den verschiedenen Seiten aus für alle möglichen Zwecke Geld gesammelt wird. In den meisten Fällen ist die rechtliche Frage, ob überhaupt ein Erlaubnis zum Sammeln vorliegen muß, nicht geklärt. Die verschiedenen Behörden sind ausdrücklich zu erteilender Erlaubnis. Die staatliche Genehmigung erteilt in Preußen der Regierungspräsident bzw. der Oberpräsident, für mehrere Provinzen der zuständige Minister. Bei den Kirchenkollektiven verhält es sich so, daß Sammlungen innerhalb des Kirchengebäudes lediglich unter Aufsicht der Kirche stattfinden können, während Sammlungen außerhalb des Kirchengebäudes in ebenso wie in allen anderen Fällen der Staat zulässig. Sobald irgendwo Zweifel darüber entstehen, ob ein Sammler berechtigt ist, zu sammeln, lasse man sich seine behördliche Genehmigung vorlegen, oder man wende sich direkt an den Ortsvorsteher bzw. an die Polizeidirektion.

**Nachruhm.** In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist es vorgekommen, daß sich Ehepaare mit der standesamtlichen Eheschließung begnügten und auf die kirchliche Trauung verzichteten. Oft war der Grund dafür ein ganz äußerlicher: man fürchtete die Kosten, die mit der Feier in der Kirche zusammenhängen könnten. Zwar war die Trauung selbst in den meisten Gemeinden schon immer völlig kostenlos. Aber die Kosten für Hochzeitsessen für Kirche und ähnliche Dinge, die unentbehrlich erschienen, waren allerdings nicht unerheblich. So sah man denn von der Eheschließung den jungen Ehe im Gotteshaus ab. Das ist sehr schade. Denn ein Ersatz für die kirchliche Trauung kann die standesamtliche Eheschließung und eine Hochzeitsfeier im Hause nicht sein. So kommt es, daß viele Ehepaare nachträglich getraut zu werden wünschen. Ohne im Anschluß an die Trauung eines Bräutigams der Braut solches gefällig zu sein, werden von Seiten der Kirche werden Bräutigam nachträglich Trauung immer nachvollziehbar geprüft werden.

**Wiel Insekt über mauere Familie gebracht** haben schon oft die Giftpflanzen, die man mit der kommenden Herbstzeit wieder zu pflanzen beginnt. Von den Kindern werden verschiedene Giftpflanzen mit Vorliebe zum Spielen in Gebrauch genommen, und da bereits oft solche Pflanzen von Kindern gepickelt worden sind, kann nicht nachlässig genug die Jugend die Gefahr solcher giftigen Pflanzen vor Augen geführt werden. Hierunter zählen besonders: Nachtküchen, Eisenhut, gemeine Tollkirsche, Helleborus, Hundspeterille, Stachelapfel und gefleckter Schierling. Weher und Eltern tun gut daran, gerade jetzt wieder die Kinder auf die Gefährlichkeit dieser Pflanzen mit allem Nachdruck aufmerksam zu machen.

**Neber den bestroffenen Geburtstagszug in Deutschland** geben die Berliner Wirtschaftsbetriebe eine traurige Beschreibung und Mitteilung, die für unser Vaterland und geschichtetes Vaterland das schlimmste befürchten läßt. Neben 17 westlichen Industriestädten, sieben Oststädten und 10 Großstädten im Westen und Südwesten werden auch sieben norddeutsche Großstädte vorgeführt, unter denen sich Magd-

deburg, Halle und Erfurt befinden. Hier sind an beiderseitigen 100 der Bevölkerung für Mitteldeutschland zu verzeichnen: 1913: 27,7; 1914: 27,7; 1921: 21,7; 1922: 18,7; 1923: 15,1. Mit diesen Zahlen ist der Gesamtumsatz des Reiches stark übertrieben. Die Gefahr wird noch wachsen, solange die Bevölkerungsfrage nur als wirtschaftliche Frage gilt. Bieleicht wird es besser, wenn man einsehen lernt, daß sie auch eine religiöse und sittliche Frage ist.

**Offene Kirchen.** Aus verschiedenen Orten wird berichtet, daß die Kirchen in Wohnorten zwischen Morgen- und Abendstunden die Kirchen geschlossen werden. Damit wird ein oft gehörter Wunsch erfüllt. Das größte Hindernis für die allgemeine Öffnung der Kirchen war bisher darin zu liegen, daß die Gemeinden von der dauernden Zugänglichkeit der Gotteshäuser so gut wie kaum Gebrauch machten. Die evangelische Bevölkerung hat es nun in der Hand, durch regen Besuch diese begrissenen Wiedereröffnung einer Vorbereitungen zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

## Aus Kreis und Nachbarkreisen

### Aus unserer Nachbarstadt Halle.

**Polische Stahlhelme.** Unverantwortliche Elemente haben sich in Halle Stahlhelmbekleidungen, die den bestehenden ähneln, beschafft, tragen ein schwarz-weiß-rotes Bändchen im Knopfloch und versuchen in den Straßen der Stadt Halle, besonders aber auf dem Jahrmarkt, anfällige Leute anzuhemeln. Es ist festzustellen, daß verschiedentlich Mitglieder des roten Frontpartieschwerbes sich die Provokation erlaubt haben. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Stahlhelmbekleidungen gefällig ist und ein Verkauf nur durch die Dienststellen des Stahlhelms und damit beauftragte Firmen erfolgen darf.

**Schwerer Einbruch.** In einem Lebensmittellager Cafe Berliner und Holzmarktstraße wurde ein größerer Einbruch verübt. Die Täter brachen die Schläfer einer Anzahl Keller auf und stiegen von dort aus noch in den Laden empor. Die geraubte Beute hat einen Wert von über 1200 Mark. Von den Täubern fehlt jede Spur.

### Stahlhelmsführung in Halle.

Halle, 14. September. Gestern fand in Halle eine Führertagung des Stahlhelms statt, die von ca. 350 Gau- und Ortsgruppenführern Mitteldeutschlands besucht war. Anfang des erkrankten Oberleitungs Zuesterberg begrüßte Hauptmann Hablich die erschienenen Kameraden aus herzlichsten und dankbaren Worten in den Straßen der Stadt Halle, besonders aber auf dem Jahrmarkt, anfällige Leute anzuhemeln. Es ist festzustellen, daß verschiedentlich Mitglieder des roten Frontpartieschwerbes sich die Provokation erlaubt haben. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Stahlhelmbekleidungen gefällig ist und ein Verkauf nur durch die Dienststellen des Stahlhelms und damit beauftragte Firmen erfolgen darf.

**Stahlhelmsführung in Halle.** Halle, 14. September. Gestern fand in Halle eine Führertagung des Stahlhelms statt, die von ca. 350 Gau- und Ortsgruppenführern Mitteldeutschlands besucht war. Anfang des erkrankten Oberleitungs Zuesterberg begrüßte Hauptmann Hablich die erschienenen Kameraden aus herzlichsten und dankbaren Worten in den Straßen der Stadt Halle, besonders aber auf dem Jahrmarkt, anfällige Leute anzuhemeln. Es ist festzustellen, daß verschiedentlich Mitglieder des roten Frontpartieschwerbes sich die Provokation erlaubt haben. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Stahlhelmbekleidungen gefällig ist und ein Verkauf nur durch die Dienststellen des Stahlhelms und damit beauftragte Firmen erfolgen darf.

**Stahlhelmsführung in Halle.** Halle, 14. September. Gestern fand in Halle eine Führertagung des Stahlhelms statt, die von ca. 350 Gau- und Ortsgruppenführern Mitteldeutschlands besucht war. Anfang des erkrankten Oberleitungs Zuesterberg begrüßte Hauptmann Hablich die erschienenen Kameraden aus herzlichsten und dankbaren Worten in den Straßen der Stadt Halle, besonders aber auf dem Jahrmarkt, anfällige Leute anzuhemeln. Es ist festzustellen, daß verschiedentlich Mitglieder des roten Frontpartieschwerbes sich die Provokation erlaubt haben. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Stahlhelmbekleidungen gefällig ist und ein Verkauf nur durch die Dienststellen des Stahlhelms und damit beauftragte Firmen erfolgen darf.

**Stahlhelmsführung in Halle.** Halle, 14. September. Gestern fand in Halle eine Führertagung des Stahlhelms statt, die von ca. 350 Gau- und Ortsgruppenführern Mitteldeutschlands besucht war. Anfang des erkrankten Oberleitungs Zuesterberg begrüßte Hauptmann Hablich die erschienenen Kameraden aus herzlichsten und dankbaren Worten in den Straßen der Stadt Halle, besonders aber auf dem Jahrmarkt, anfällige Leute anzuhemeln. Es ist festzustellen, daß verschiedentlich Mitglieder des roten Frontpartieschwerbes sich die Provokation erlaubt haben. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß das Stahlhelmbekleidungen gefällig ist und ein Verkauf nur durch die Dienststellen des Stahlhelms und damit beauftragte Firmen erfolgen darf.

**Die Gerüststädter Unwetterkatastrophe vor dem Preussischen Landtag.** Gerüststadt, 14. Sept. Mehrere deutsche nationale Verbände haben dem Gerüststädter Unwetterkatastrophe beizutragen. Die Gerüststädter Unwetterkatastrophe vor dem Preussischen Landtag. Gerüststadt, 14. Sept. Mehrere deutsche nationale Verbände haben dem Gerüststädter Unwetterkatastrophe beizutragen.

**Die Gerüststädter Unwetterkatastrophe vor dem Preussischen Landtag.** Gerüststadt, 14. Sept. Mehrere deutsche nationale Verbände haben dem Gerüststädter Unwetterkatastrophe beizutragen. Die Gerüststädter Unwetterkatastrophe vor dem Preussischen Landtag. Gerüststadt, 14. Sept. Mehrere deutsche nationale Verbände haben dem Gerüststädter Unwetterkatastrophe beizutragen.

**Aus dem Reich.** Eine Anzeige des Reichsverbandes deutscher Antikensammler. Der Reichsverband deutscher Antikensammler hat eine Anzeige erteilt, weil in der Infanzionszeit Neubau des Kriegsanleihefonds und Zinsausweis mit dem Datum vom 15. Oktober 1914 neu angefertigt und an das Publikum verkauft worden sind. Das Ermittlungsverfahren ist eingeleitet.

**Überdona.** Berichtete Rosen. Durch die sogenannte Veredelungsmaßnahme sind einem hiesigen Gärtner nicht weniger als 3000 Rosenveredelungen gerührt worden.

## Erster Deutscher Reichstrieretag.

Leipzig, 14. Sept. Der Deutsche Reichstrieretag „Stiffhäuser“ erläßt zur Teilnahme am Deutschen Reichstrieretag in Leipzig folgenden Aufruf: „Auf Veranlassung der Reichstriererklärungen und des Gesamtverbandes des Deutschen Reichstriererbetandes „Stiffhäuser“ findet unter dem Namen „Erster Deutscher Reichstrieretag“ vom 17. bis 19. Oktober in Leipzig zum ersten Male eine gemeinsame Veranstaltung der deutschen Reichstriererbeten aller Länder statt. Der Reichstrieretag wird ein nationaler Tag sein, überparteilich und unpolitisch, ein Gedächtnistag für die für unsere Nation haben, bluteten und litten, eine Feier der Freiheit, unseres Heeres und unserer Flotte, und ein Tag der Hoffnung neuer Aufstieges, der Befestigung unseres Nationalbewußtseins und der Erkenntnis eigenen Willens. Ein Tag der alles umschließenden Soldatenergebenheit. Er soll sein eine gewaltige Kundgebung aller deutschen Reichstrierbeten und aller, die mit nationalem Bewußtsein das Ehrenkleid des deutschen Soldaten tragen; ein Appell an die Einheit unseres Volkes, ein Echo der Befehle nationaler Bestimmung und ein deutscher Ruf in die Welt!“

**Zusammenkunft einer Felsenbrücke.** Goldschthal, 14. Sept. Der anhaltende Regen forderte in Goldschthalen die Felsenbrücke, die zwei Jahre lang im Bau war, zusammen. Zwei Personen unter sich begraben. Ein Arbeiter war sofort tot, während der andere auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb. Ein Dritter lieh schwer verletzt darnieder. Es wird angenommen, daß infolge der anhaltenden Regenfälle sich das Gestein der Felsenbrücke gelöst hat und dadurch die Steinmassen ins Rollen gekommen sind.

**Föhlischer Abzug eines Fliegereis.** München, 14. Sept. Kurz nach Beendigung eines Flugwettbewerbes auf dem Flugplatz in Schleißheim kürzte am Sonntagmorgen aus noch unbekannter Ursache der Flieger Kröhl mit einem Flugzeug des Coburger Luftverkehrs ab. Das Flugzeug kurzte mit der Spitze auf den Boden, der Motor explodierte und das Flugzeug geriet in Brand. Es wurde vollkommen zerstört. Der Flieger konnte nur als verkohlte Leiche aus den Trümmern geborgen werden.

**Schneefall im Bayerischen Wald.** München, 14. Sept. Im Bayerischen Wald, besonders am Rufen und Dreifelsberg ist bereits in diesen Tagen der erste Schnee gefallen. Das Vieh mußte von den Bergwiesen abgetrieben werden.

**Abzug eines französischen Flugzeuges im Schwarzwald.** Freiburg, 14. Sept. Zwischen Rothbach und Hirschprung (Schwarzwald) ist am Sonntagmorgen im engen Söllental ein französisches Flugzeug zum Absturz gekommen. Das Flugzeug ging in Flammen über und der Pilot wurde getötet. Der andere Insasse mußte mit erheblichen Verletzungen in ein freiburger Krankenhaus überführt werden. Das Flugzeug trug militärische Abzeichen. Es handelt sich um ein auf dem Flug von Paris über Straßburg nach Bagdad befindliches Flugzeug.

**Vor einer Wendung in der Nordische Rosen.** Breslau, 15. Sept. Vor einigen Tagen ist hier ein Schwereverderb verhaftet worden. Nach seiner Festnahme wurde der Polizei von demjenigen Freundes des Verhafteten mitgeteilt, daß er habe mit der Wirtschaftlerin Neumann von einem Jahre ein Grundbesitzgeschäft abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit habe ihm die Neumann gelagt, er könne sich 2000 Mark verdienen. Es würden dabei aber zwei Menschen zu beschäftigen sein. Nach eingehendem Kreuzverhör erklärte der Verhaftete, daß er vieles über die Nordische Rosen nicht mehr auszusagen könne, weil er einen bestimmten Untersuchungsrichter machen wolle. Er wird nun erneut verhört werden.

**Aus aller Welt.** Ueberwemmungskatastrophe in China 3000 Menschen ertranken. Tientsin, 15. September. In der Provinz Schantung ist der Gelbe Strom aus den Ufern getreten und überflutet gänge Schiffe. Etwa 1000 Arbeiter ertranken. Die Fluten drangen bis zu Dörfern, die 15 Meilen von dem ursprünglichen Ufer des Flusses entfernt liegen. An manchen Stellen steht das Wasser 30 Fuß hoch.

**Schweres Flugzeugunglück.** Auf dem Flugplatz Zeinaenger in Böden führte ein zweifaches Schiffsflugzeug aus einer Höhe von 800 Metern aus unbekanntem Grund ab. Beide Insassen waren sofort tot.

**Vom Felsloch gerettet.** Der Wiener Professor Dr. Adolf von Moleroden, dabei löste sich von der Hochburgwand infolge der vorhergehenden Regenfälle ein etwa 300 Kilogramm schweres Felsloch los. Dr. Wallner, der seiner Gattin einige Schritte vorausging, konnte nicht mehr ausweichen und wurde von dem herabfallenden Felsloch durchschlagen.

**Ein Motorist ist gefangen.** Das Motorist „Mimma“, das sich mit einem auf der Reife von Alsborg nach Kriebel befand, wurde fest und sank in wenigen Minuten. Die Befragung von vier Mann konnte sich ins Boot retten und wurde nach mehreren Stunden von dem Dampfer „Eintrich“ an Bord genommen.

**Mädchenhändler in der Tscheko.** Nach Mitteilung der Prager Polizei sind in den letzten zwei Jahren über 2000 Mädchen in Tscheko vertrieben worden. Mädchen von 15 bis 20 Jahren stellen das größte Kontingent. Von den Mädchen konnte nur etwa der vierte Teil ausgeführt werden, während der Rest verfallen blieb.

**Ueberfallene Karawane.** Aus Bagdad wird berichtet, daß ein Automobil mit 60 Passagieren auf dem Wege von Damaskus nach Bagdad von hunnert berittenen Beduinen überfallen worden ist. Die Karawane wurde von den Beduinen in zwei französische und türkische Beduinen getrennt. Die Beduinen der Karawane in die Flucht trieben. Ein französischer Fliegerleutnant und der Kommandant wurden schwer verwundet, letzterer verstarb unterwegs.

**Bergisch Medien verhaftet.** Auf die Klage eines Journalisten wurde in New-York, Spiritistisches polizeiliche Untersuchungen angehängt. Bergisch Medien wurden wegen Einbruchs verhaftet. Während der Verhaftungen vorgekommen wurden, demonstrierten 2000 Anhänger des Spiritismus und drohten den in Frage kommenden Journalisten zu lynchen.

Bunte Zeitung.

Was ein Flugzeug alles befähigt. Die Prospekte der Luftverkehrs-Gesellschaften belegen, daß neben Personen auch Güter jeder Art befördert werden. Diese Güter sind...

Wegen die europäischen Frauen. Der König von Siam hat eine Warnung an die in England studierenden siamesischen Studenten ergehen lassen, auf keinen Fall europäische Frauen zu heiraten.

Artenbehandlung in alter Zeit. Ein Gelehrter, auf dem wir sicheres Wissen haben, hat die Behandlung alter Zeiten nachprüfend gemacht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die alten Ärzte...

Freiwirtschaftliche Schiffbrüche. Um genau zu erfordern, welche Verhältnisse unbedingt notwendig sind, um Schiffbrüche zu vermeiden, hat ein amerikanischer Seemann...

Turnen, Spiel und Sport. Eine Niederlage mußten sich die Germanen gefallen lassen, obwohl bei der Gleichwertigkeit beider Mannschaften ein Unentschieden besser gewesen wäre.

Fußball.

Germania 1 - München 1:0:2 (0:2). Eine Niederlage mußten sich die Germanen gefallen lassen, obwohl bei der Gleichwertigkeit beider Mannschaften ein Unentschieden besser gewesen wäre.

Reisungs- und Wettwämpfe.

Schäfers. Freitag fanden hier auf dem neuen Sportplatz hinterm Schützenbause die diesjährigen Reisungs- und Wettwämpfe statt. Während am Freitag der Sieg unserm Volkes, wolle die Gegner am Sonntag...

Wassersport.

Leipziger Herbst- und Jugend-Regatta. Die Ergebnisse: Herbst-Regatta (Hennboot): 1. Deutscher Ruderverein von 1887 7:55; 2. Bittling-Beizig 7:57; 3. Jugend-Regatta...

Herbst-Regatta (Hennboot): 1. Deutscher Ruderverein von 1887 7:55; 2. Bittling-Beizig 7:57; 3. Jugend-Regatta...

Herbst-Regatta (Hennboot): 1. Deutscher Ruderverein von 1887 7:55; 2. Bittling-Beizig 7:57; 3. Jugend-Regatta...

son-Galle 5:04. - XII. Weidner Herbst-Biere: 1. Ruber-verein 'Neptun'-Beizig 8:32; 2. Deutscher Ruderverein von 1887 8:34. - XIII. Weidner Herbst-Biere für Jungmänner: 1. Ruber-verein 'Neptun'-Beizig 8:32; 2. Deutscher Ruderverein von 1887 8:34.

Wettkampfe.

Die Herbstrennen, die im vorigen Jahre der Unfall der Witterung zum Opfer fielen, sollen jetzt mit erheblicher Höheren September werden und zwar am Sonntag, den 20. September nachfolgend, den 23. September und daran anschließend am folgenden Sonntag, den 27. September findet der Jubiläumstag des Amalthea-Reitervereins statt.

Handel und Verkehr.

Besserung im Ruhrbergbau.

Alleber die deutsch-englischen Kohlenverhandlungen sind Angaben erschienen, die den Zuständen weit voraus eilen insofern als sie den Verkauf mehr als vorstehend hinführen. Inzwischen ist jetzt in den letzten Tabellen wiederholt von einem Abbruch der eingeleiteten Verhandlungen gesprochen worden.

Der Absatz im Ruhrbergbau hat sich im Monat August im Vergleich zu den Vormonaten um ungefähr 4 bis 5 Prozent gebessert. Diese Besserung rührte daher, daß in Erwartung des englischen Bergarbeitertreffens vom Ausland größere Aufträge nach Deutschland gelangt waren.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Die Stilllegungen im Ruhrbergbau können im großen und ganzen als beendet angesehen werden. Man kann rechnen, daß am Anfang September der Kohlenabsatz im Ruhrbergbau etwas mehr als 400 000 Tonnen; damit war sie ungefähr 160 000 niedriger als die Höchstleistung aus dem Jahre 1922.

Das englische Pfund selbst ist wenig verändert 4,84/ für London gegen Kassel.

Die amtlichen Devisen.

London (1 Pfund Sterling) 20,332-20,382. New York (1 Dollar) 4,195-4,205. Amsterdam (100 Gulden) 168,71-169,13. Brüssel-Amsterdam (100 Franc) 18,51-18,55.

Die amtlichen Produktenterte.

Berlin, 14. September. Getreide und Getreidearten, per 1000 Kilo, samt per 100 Kilo in Reichsmark. Weizen märz. 213-218, Oktober 240-239, Dezember 245 bis 243; Roggen märz. 164-168, September 188, Oktober 189 bis 188,50, Dezember 191-190,50; Sommergerste 208-214; Futtergerste 176-181; Hafer märz. 175-183, Oktober 188,50-184-182, Dezember 190-189; Weizenmehl 1. Sorten 24-26; Weizenmehl 2. Sorten 21-23; Roggenmehl 1. Sorten 20-22 bis 20,50; Weizenmehl 3. Sorten 18-20; Weizenmehl 4. Sorten 17-19; Weizenmehl 5. Sorten 16-18; Weizenmehl 6. Sorten 15-17; Weizenmehl 7. Sorten 14-16; Weizenmehl 8. Sorten 13-15; Weizenmehl 9. Sorten 12-14; Weizenmehl 10. Sorten 11-13; Weizenmehl 11. Sorten 10-12; Weizenmehl 12. Sorten 9-11; Weizenmehl 13. Sorten 8-10; Weizenmehl 14. Sorten 7-9; Weizenmehl 15. Sorten 6-8; Weizenmehl 16. Sorten 5-7; Weizenmehl 17. Sorten 4-6; Weizenmehl 18. Sorten 3-5; Weizenmehl 19. Sorten 2-4; Weizenmehl 20. Sorten 1-3; Weizenmehl 21. Sorten 0-2.

Berliner Produktenterte.

Berlin, 14. September. Der Getreidemarkt war ruhig. Es kamen nur wenig Weizenlieferungen, weil das Inlandsangebot klein bleibt und die Preissteigerung kaum Nutzen lassen. Von Getreide nur nur keine Abnahme gefühlt. Die Preissteigerung für Getreide waren etwas ermäßig. Das Geschäft in Mehl war träge. Futtermittel wurden bei reichlichem Angebot wenig umgekehrt.

Wollenterte.

Wollen 71,44-72,16. Scherwolle 59,90-61,30. Scherwolle 80,80-81,30. Stückenterte 17,56-17,64.

Berliner Metallpreise.

Kupfer, Elektrolyt 139,50; Nöbhart 74-75; Platinent 64 bis 65; Aluminium 235-240; Nickel, rein 340-350; Silber 99-100.

Effektenterte.

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank (Berliner) Berlin, 14. September 1925.)

Berliner Börse vom 14. September 1925.

Table with columns for various stock indices and prices, including Dow Jones, S&P 500, and other market indicators.

Berliner Getreidemarkt vom 14. September 1925.

Table showing grain market prices for wheat, rye, and other cereals.

Leipziger Getreidemarkt vom 14. September 1925.

Table showing grain market prices for Leipzig, including wheat and rye.

Leipziger Viehmarkt vom 14. September 1925.

Table showing livestock market prices for various types of cattle and sheep.

Leipziger Viehmarkt vom 14. September 1925.

Table showing livestock market prices for various types of cattle and sheep.

Leipziger Viehmarkt vom 14. September 1925.

Table showing livestock market prices for various types of cattle and sheep.